



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 07 02 Tit. 701 11)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 07 02 wird der Ansatz im Tit. 701 11 (Photovoltaik auf staatlichen Dächern) für das Jahr 2024 von 105,0 Tsd. Euro um 105,0 Tsd. Euro auf 0 Euro reduziert.

In Kap. 07 02 wird der Ansatz im Tit. 701 11 (Photovoltaik auf staatlichen Dächern) für das Jahr 2025 von 105,0 Tsd. Euro um 105,0 Tsd. Euro auf 0 Euro reduziert.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Die Streichung der Ausgaben des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie für Photovoltaik (PV) auf staatlichen Dächern ist angesichts mehrerer Faktoren dringend erforderlich. Erstens gibt der Freistaat für PV auf staatlichen Dächern in den Jahren 2023-2025 eine beträchtliche Summe von 124.458,90 Euro aus (Haushaltspläne 2024/2025), was angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise unverantwortlich und eine pure Verschwendung von Steuergeldern ist. Zweitens machen dank privatwirtschaftlicher Initiativen PV-Dachanlagen bereits über 66 Prozent der installierten PV-Leistung und 99,6 Prozent des PV-Anlagenbestands in Bayern (Drs. 18/30582). Ein weiterer erzwungener Ausbau auf Staatsflächen auf Kosten der Steuerzahler ist daher nicht erforderlich. Drittens sind viele staatliche Gebäude in Bayern Denkmalschutz oder ein wichtiges architektonisches Erbe, und die Zwangsinstallation von PV-Dachanlagen würde diese traditionellen Gebäude verschandeln. Viertens führt der forcierte PV-Ausbau zu extremen Schwankungen im Stromnetz und verteuert die Strompreise erheblich. Die Kapazitätslücke in Bayern beträgt bereits 3 bis 3,8 GW und wird sich bis 2028 auf 6 GW verdoppeln (Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V., Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.). Bundesweit haben sich die Kosten für Netzengpassmaßnahmen dramatisch erhöht, was letztendlich vom Verbraucher getragen wird (Bundesnetzagentur). Seit 2014 sind die Strompreise für Haushalte von 29 auf über 42 Cent pro kWh gestiegen (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft). Schließlich erzeugt PV den größten Ressourcenverbrauch von allen Energiequellen (600 kg pro GW installierter Leistung), was die ökologische Bilanz stark belastet (Wirtschaftskommission für Europa). Angesichts dieser Aspekte ist es unvernünftig und nicht gerechtfertigt, öffentliche Mittel für den Ausbau von PV auf staatlichen Dächern bereitzustellen.